

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung (19. TA)

des Kinder- und

Jugendhilfeausschusses

am Donnerstag, 11.11.2021,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz,
1. OG, Raum 107

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17.45Uhr

Anwesend:

Mitglieder des Rates und in der Jugendhilfe erfahrene und tätige Männer und Frauen

Stefan Hebbel	CDU - Vorsitzender
Paloma Krassa	CDU
Lena-Marie Pütz	SPD
Gisela Eickhoff-Prochno	SPD
Christoph Kühl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Irina Prüm	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vincent Naseband	BÜRGERLISTE
Peter Gelshäuser	OP
Cornelia Besser	FDP

Vertreter aus dem Bereich der freien Träger der Jugendhilfe und dem Bereich der Wohlfahrtsverbände

Axel Zens	Arbeiterwohlfahrt
Agnes Dahlem	Caritasverband Leverkusen e. V.
Hans Höroldt	Diakonisches Werk
Simon Kierdorf	Bund der Deutschen Kath. Jugend

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 der Satzung für den Fachbereich Kinder und Jugend

Marc Adomat	Beigeordneter
Angela Hillen	Kinder und Jugend (51)
Cornelia Richrath	Frauenbüro
Anja von Hebel	Schulen (40)
Michael Hirth	Katholische Kirche
Veronika Kuffner	Evangelische Kirche

Rabia Taskesen

Sandra Quell

Helmut Ring

Schriftführung:

Kai Uckert

Es fehlen:

Marco Sahler

Petra Clemens

Jeanna Klossek

Torsten Heymann

Vera Niederle

Sören Schultes

Dr. Josef Peters

Oliver Elsholz

Integrationsrat

Jugendamtse Elternbeirat

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Kinder- und Jugend (51)

SPD

Förder- und Trägerverein freie Jugend-
zentren

Ev. Jugend

Amtsgericht

Agentur für Arbeit Leverkusen

Polizei

Deutsches Rotes Kreuz

Kinder- und Jugendring

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung 4
2	Niederschriften 4
3	Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden 4
4	Hochwasser 4
4.1	Verwaltungsvorlage - Aufarbeitung, Schadensbeseitigung und zukünftige Planungen - Nr.: 2021/1166 4
4.2	Flutschäden im Lindenhof beseitigen, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sicherstellen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2021 - Nr.: 2021/0997 4
5	Gewalt gegen Kinder - Prävention und Intervention in Leverkusen ausbauen und stärken! - Antrag der Fraktionen CDU und SPD vom 06.10.2021 - Nr.: 2021/1088 5
6	Erlass der Haushaltssatzung 2022 - m. erg. Beratungsunterlagen (Veränderungsliste) - Nr.: 2021/1085 7
7	Absicherung des niederschweligen Beratungsangebotes der Clearingstelle Offene Jugendberufshilfe (2022 - 2025) - Antrag der Kath. Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH (Herr Michael Hirth, Mitglied Kinder- und Jugendhilfeausschuss) vom 28.10.2021 - Nr.: 2021/1156 7
8	Bestellung der Schriftführung und stellvertretenden Schriftführung für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss - Nr.: 2021/1048 8
9	Schaffung einer spezialisierten "Beratungs-, Interventions- und Präventionsstelle zu sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche" in Leverkusen - Nr.: 2021/1140 8
	Bericht des Dezernenten 9
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 8/2021) 9

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Niederschriften

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss nimmt die Niederschrift der 6. Sitzung (19. TA) vom 09.09.2021 zur Kenntnis.

3 Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden

Bedingt durch eine Ausschussumbesetzung ist die/der stellvertretende Vorsitzende (vormals Frau Melanie Went, SPD) neu zu wählen.

Beschluss:

Als stellvertretende Vorsitzende wird Frau Lena-Marie Pütz (SPD) gewählt.

- einstimmig -

4 Hochwasser

4.1 Verwaltungsvorlage

- Aufarbeitung, Schadensbeseitigung und zukünftige Planungen
- Nr.: 2021/1166

4.2 Flutschäden im Lindenhof beseitigen, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sicherstellen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2021
- Nr.: 2021/0997

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), schlägt eine gemeinsame Beratung der beiden Unterpunkte des TOP 4 (TOP 4.1: Vorlage Nr. 2021/1166 „Aufarbeitung, Schadensbeseitigung und zukünftige Planungen“ und TOP 4.2: Antrag Nr. 2021/0997 „Flutschäden im Lindenhof beseitigen, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sicherstellen“, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2021) und fährt entsprechend fort.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, seine Fraktion betrachtet den von ihr eingebrachten Antrag unter TOP 4.2 als erledigt an, sollte die Verwaltungsvorlage angenommen werden.

Herr Beigeordneter Adomat führt zu TOP 4.2 aus, die Sparkasse und die Bürgerstiftung hätten sich bereits bereit erklärt, die Beseitigung der Flutschäden des Jugendhauses Lindenhof zu übernehmen. Der Antrag unter TOP 4.2 „Flutschäden im Lindenhof beseitigen, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sicherstellen“, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2021 Nr.: 2021/0997, habe sich aufgrund dessen erledigt.

Frau Krassa (CDU) erklärt, es handele sich beim Thema Hochwasserschutz um ein komplexes Thema. Die Situation erfordere zügige Lösungen. Sie schlägt vor, die AG Hochwasserschutz Wiembachtal um einen Arbeitskreis mit entsprechenden Experten zu erweitern und deren Ergebnisse abzuwarten.

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), fasst die Ergebnisse der Diskussion zusammen und bringt TOP 4.1 wie folgt zur Abstimmung:

Zu Beschlusspunkt 1. der Vorlag Nr. 2021/1066:

Der in der Anlage zur Vorlage beigefügte Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Zu Beschlusspunkt 2. der Vorlage:

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über eine Vertagung der Vorlage insoweit abstimmen, als dass noch Experten zur Beurteilung der Sachlage hinzugezogen werden sollen.

- einstimmig -

Damit ist Punkt 2. der Vorlage vertagt, bis ein neuer, um Experten erweiterter Arbeitskreis der AG Hochwasserschutz Wiembachtal zu Ergebnissen gekommen ist, die er dem KJHA mitteilen kann.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt den Antrag seiner Fraktion unter TOP 4.2 aufgrund der Abstimmung zur Vorlage Nr. 2021/1166 „Aufarbeitung, Schadensbeseitigung und zukünftige Planungen“ (TOP 4.1) für erledigt.

5 Gewalt gegen Kinder - Prävention und Intervention in Leverkusen ausbauen und stärken!

- Antrag der Fraktionen CDU und SPD vom 06.10.2021
- Nr.: 2021/1088

Frau Krassa (CDU) erläutert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD. Im Rahmen des neuen Landeskinderschutzgesetzes erhalten kommunale Jugendämter finanzielle Unterstützung für den Ausbau im Kinderschutz. Im Jahr 2022 soll dieser Ausbau schon vorangebracht werden. Dafür soll eine neue Vollzeitstelle zur Koordinierung bei sexueller Gewalt geschaffen werden. Darüber hinaus sollen Sachmittel in Höhe von 50.000 € für das Jahr

2022 zur Verfügung gestellt werden, um die Schulung und Fortbildung von Multiplikatoren voranbringen zu können und um bisherige präventive Ansätze in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ausbauen zu können. Des Weiteren soll die Verwaltung im ersten Halbjahr 2022 gemeinsam mit den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Akteuren, wie z. B. Schulen, Polizei etc., eine Konzeption zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorlegen. Der Fachbereich Finanzen soll prüfen, ob entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt und auch direkt kompensiert werden können.

Frau Hillen (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert den Antrag im Kontext des neuen Landeskinderschutzgesetzes. Die Verwaltung schlägt vor, die AG § 78 HZE in einem ersten Schritt mit der Konzeption, die von Frau Krassa angesprochen wurde und die das neue Landeskinderschutzgesetz vorsieht, zu befassen. Danach sollen die damit anderen Akteure vor allem aus allen Bereichen der Jugendhilfe hinzugezogen werden.

Frau Kuffner (evgl. Kirche) fragt nach, ob die offene Kinder- und Jugendarbeit und die verbandliche Arbeit mit inkludiert sind.

Frau Hillen (Fachbereich Kinder und Jugend) führt aus, dass die Konzeption nur an der AG § 78 HZE angegliedert werden soll, alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe aber tangiert sind. Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz ist dies im Besonderen, denn die Sachmittelausstattung würde dort hingehen und auch von dort gesteuert.

Auf Nachfrage von Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), ob die Landesmittel nicht ausreichend sind und der Antrag insoweit notwendig ist, erklärt Frau Hillen (Fachbereich Kinder und Jugend), dass die Förderschlüssel für die entsprechenden Landesmittel noch verhandelt werden. Um aber mit der Arbeit schon beginnen zu können, müssen die Mittel schon im Haushalt veranschlagt werden.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), stellt den Antrag mit dem Zusatz, dass der Fachbereich Finanzen prüfen soll, ob finanzielle Mittel für die neu zu schaffende Vollzeitstelle zur Koordinierung und für Sachmittel zur Schulung, Fortbildung und zum Ausbau präventiver Ansätze zur Verfügung gestellt und kompensiert werden können, zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

-einstimmig-

- 6 Erlass der Haushaltssatzung 2022
- m. erg. Beratungsunterlagen (Veränderungsliste)
- Nr.: 2021/1085

Beschluss:

Vertagung in den Finanz- und Digitalisierungsausschuss ohne Beratung.

-einstimmig-

- 7 Absicherung des niederschweligen Beratungsangebotes der Clearingstelle Offene Jugendberufshilfe (2022 - 2025)
- Antrag der Kath. Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH (Herr Michael Hirth, Mitglied Kinder- und Jugendhilfeausschuss) vom 28.10.2021
- Nr.: 2021/1156

Herr Hirth (Kath. Jugendagentur) erläutert den Antrag. Eine Fehlbedarfsfinanzierung für die Offene Jugendberufshilfe wird erbeten.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lobt die vorbildliche Arbeit der Offenen Jugendberufshilfe. Er führt aus, dass Aufgaben, die durch Bund und Land erbracht werden sollen bzw. müssen, auch von diesen übernommen werden. Er fragt Herrn Hirth, ob schon mit entsprechenden Stellen Kontakt aufgenommen worden ist. Zusätzlich richtet er die Frage an die Verwaltung, ob die Förderung an die OJB dynamisiert werden kann. Eine Komplettübernahme von Bund und Land der wegbrechenden Mittel kann sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht vorstellen.

Herr Hirth (Kath. Jugendagentur) entgegnet, Förderprogramme von Bund und Land sind häufig befristet. Mit dieser Befristung wird es erschwert, das Angebot passgenau aufrecht zu erhalten.

Frau Krassa (CDU) schlägt vor, einen Prüfantrag an den Fachbereich Finanzen zu stellen, ob eine Finanzierung der OJB über 100 000 € für das Jahr 2022 möglich ist.

Herr Hirth (Kath. Jugendagentur) äußert sich positiv diesem Vorschlag gegenüber.

Rf. Pütz (SPD) kündigt die Unterstützung ihrer Fraktion für den Vorschlag von Frau Krassa (CDU) an. Sie fragt bei Herrn Hirth (Kath. Jugendagentur) nach, ob damit die Arbeit der OJB für 2022 abgesichert wäre, was dieser bestätigt. Für die Folgejahre müssten alle möglichen Refinanzierungsmodelle geprüft werden.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), stellt zum Antrag einen Prüfantrag, ob 100.000 € für den im Antrag beschriebenen Zweck abgestellt werden können, zur Abstimmung.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont die Verpflichtung nach weitreichender Suche nach Fördermitteln, um damit auch das Signal an Land und Bund zu senden, dass entsprechender Bedarf da ist.

Beschluss:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung:

Zur Absicherung des niedrighschwelligigen Beratungsangebotes der Clearingstelle Offene Jugendberufshilfe für jährlich rund 560 junge Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und multiplen Problemlagen soll geprüft werden, ob die Stadt Leverkusen der KJA LRO in 2022 eine Zuwendung in Höhe von 100.000 € für den im Antrag beschriebenen Zweck abgestellt werden kann.

- einstimmig -

- 8 Bestellung der Schriftführung und stellvertretenden Schriftführung für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss
- Nr.: 2021/1048

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss bestellt als

Schriftführer:	Herrn Kai Uckert,
1. Stellvertreter/-in:	Frau Eva Bergerhoff,
2. Stellvertreterin:	Frau Ouafae Abdellaoui.

- einstimmig -

- 9 Schaffung einer spezialisierten "Beratungs-, Interventions- und Präventionsstelle zu sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche" in Leverkusen
- Nr.: 2021/1140

Frau Hillen (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert ergänzend, dass das Land ein Programm aufgelegt hat, dass sich speziell um Nachsorge und Stellen in der Erziehungsberatungsstelle geht. Die in Leverkusen tätigen Erziehungsberatungsstellen haben sich verständigt, dass eine Interessenbekundung für die städtische Erziehungsberatungsstelle abgegeben werden soll. Das Land stellt nun die Förderung in Aussicht. Um den Antrag stellen zu können, ist ein Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses erforderlich.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss der Stadt Leverkusen befürwortet die Antragstellung des Fachbereichs Kinder und Jugend zur Schaffung einer

Vollzeitstelle „Beratungs-, Interventions- und Präventionsstelle zu sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ in Leverkusen, gefördert durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI).

- einstimmig -

Bericht des Dezernenten

Herr Beigeordneter Adomat führt aus, dass die bestellten Lüftungsgeräte für Schulen und KiTas nicht so schnell geliefert würden, wie geplant. Es bestehen Lieferschwierigkeiten. Im günstigsten Fall wird ein Teil in der 51. KW 2021 geliefert, der andere Teil im Januar 2022.

Rf. Pütz fragt nach, wie viele Geräte jetzt für die einzelnen Teillieferungen zugesagt wurden, bzw. wie viele Schulen damit ausgestattet werden können.

Herr Beigeordneter Adomat antwortet, dass von insgesamt 644 in der ersten Teillieferung 250 Stück geliefert werden, die restlichen bei der zweiten Lieferung.

Frau von Hebel (Fachbereich Schulen) erfragt, in welcher Reihenfolge die Schulen beliefert werden.

Herr Beigeordneter Adomat erläutert, dass zunächst die Kindergärten, Grund- und Förderschulen und fünfte und sechste Klassen der weiterführenden Schulen beliefert werden.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 8/2021)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Heibel (CDU), schließt die Sitzung gegen 17:45 Uhr.

gez.

Rh. Stefan Heibel
Vorsitzender

gez.

Kai Uckert
Schriftführer